

Presse-Information

Bürgerinitiative widerspricht Kritik von Frank Steenmanns in der Rheinischen Post 20.3.2020
Es ist richtig - und im Sinne der Bürger -, für die Schwanenstraße vor Gericht zu ziehen

Es gibt gute Argumente für die Stadt Voerde, für den Erhalt der Bahnquerung Schwanenstraße zu kämpfen. Voerde hat bisher schon die wenigsten Bahnquerungen pro Einwohner entlang der gesamten Betuwe-Strecke. Mit Blick auf die gesamte Stadtentwicklung, nicht nur in Möllen und die des Kraftwerksgeländes, ist jeder Bahn-Übergang wichtig. Und als Ausweich-Verbindung für Rettungsfahrzeuge und im Fall von Baustellen sowieso.

Noch viel wichtiger ist es, ein Zeichen zu setzen. So wie die Stadt Oberhausen geklagt hat, und erst dadurch Verbesserungen, insbesondere bei der Sicherheit erreicht hat, so muss auch Voerde zeigen, dass sich unsere Stadt nicht alles gefallen lässt. Nach den Zugeständnissen konnte Oberhausen die Klage zurückziehen. Der Mut hat sich ausgezahlt.

Im Planfeststellungsabschnitt 2.1 Friedrichfeld drohen weitere einschneidende Fehlentscheidungen, die uns Voerder Bürger noch Jahrzehnte belasten werden. Ein sieben Meter höher gelegter Bahnhof ganz ohne Aufzug ist eine Zumutung! Voerde kann jetzt bei der Klage wegen der Schwanenstraße Flagge zeigen, nicht alle bitteren Einschnitte für die Bürger hinzunehmen. Die Kosten für eine Klage sind gerechtfertigt, es geht um Entscheidungen, die für die nächsten 50 Jahre Wirkung zeigen, nicht vergleichbar mit dem Ringen um kleine Kesselflicker-Probleme. Hier sollten alle Voerder den jetzt gewählten Schritt des Stadtrates und Bürgermeister Haarmann unterstützen.

Eine Klage ist nicht chancenlos, wenn man gute Sachargumente hat und zudem die Unterstützung der Bürger. Das Überzeichnen von möglichen Folgekosten – zentrale Argumentation von Herrn Steenmanns – für den Rad- und Fußweg ist der dritte Schritt vor dem ersten. Am Ende gibt es ganz andere Lösungen für Rad- und Fußweg oder das Gericht erlegt auch diese Folgekosten der Bahn auf. Wesel hat eine zusätzliche Querung durch hartnäckiges Verhandeln erreicht, Oberhausen Sicherheitsverbesserungen durch eine Klage - und das für alle Kommunen!

Besorgniserregend ist für uns, dass Herr Steenmanns die Erfolge von Oberhausen ignoriert. Es muss für unsere Stadt in langfristigen Dimensionen gedacht werden und kreative Lösungen für Details dürfen nicht von vorn herein ausgeschlossen werden.

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst angeblich „unwirtschaftlich“ wird. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden unsere Städte, fehlende Aufzüge in Bahnhöfen belasten früher oder später jeden Bürger. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus. Wir dürfen besseren ÖPNV und schöneren Lärmschutz fordern, es sind keine Almosen.